



AUS DER MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG VOM 5.3.07

"Die Rente mit 67 ist beschlossene Sache"

SPD-General Hubertus Heil: 2010 ganztägiges Betreuungsangebot für Kinder ab einem Jahr

NEUTRAUBLING (lms). Am Tag als in Regensburg gegen die "Rente mit 67" demonstriert wurde, kam SPD-Generalsekretär Hubertus Heil zur Programmdiskussion nach Neutraubling und verteidigte vor den zahlreich erschienenen Genossen in der Stadthalle das Konzept, das bis 2029 schrittweise eingeführt werden soll.

Dass die Rente mit 67 tatsächlich kommen wird, daran ließ Heil keinen Zweifel: "Das Gesetz wird am 9. März auf den Weg gebracht." Es gehe darum, Realitäten anzuerkennen: Ausbildung bis 30, arbeiten bis 50, leben bis 90 - das könne nicht auf die Dauer funktionieren. Es gebe in der Tat Berufe, so Heil, in denen nicht bis zum 67. Lebensjahr gearbeitet werden könne, dennoch werde es in Zukunft darum gehen, Arbeitsplätze und Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer zu schaffen und Abstand zu nehmen vom derzeit herrschenden "Jugendwahn".

Supernanny aus Niedersachsen

Die "sozial ungerechte und wirtschaftlich unsinnige Ausgrenzung erfahrener Mitarbeiter" müsse beendet werden - ebenso wie die Ausgrenzung von Frauen. Es freue ihn, dass die "Supernanny aus Niedersachsen", Familienministerin von der Leyen, plötzlich zu sozialdemokratischen Einsichten gelangt sei, aber dennoch sei die Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder wichtiger als eine Erhöhung des Kindergeldes. Bis 2010 müsse ein ganztägiges beitragsfreies Betreuungsangebot für Kinder ab einem Jahr geschaffen werden, erklärte Heil. Es gehe um Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung. "Hände weg vom Kindergeld" forderte derweil vor der Stadthalle ein Häufchen ÖDP-Anhänger

Die SPD, die sich derzeit in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm befindet, werde das "Prinzip der Sozialstaatlichkeit als positives Erbe des 20. Jahrhunderts" nicht untergehen lassen, versprach der Generalsekretär in der Halle. Unter diesem Aspekt müssten auch politische Antworten auf die Globalisierung gefunden werden.

In Deutschland bringe eine Standortdebatte nach dem Motto "Arbeitnehmerrechte und Löhne runter" nicht weiter, so Heil: "Es kann nicht sein, dass wir im Kampf um das niedrigste Lohnniveau siegen." Die SPD trete nach wie vor für existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne ein, obwohl

hier "mit der Union keine einheitliche Regelung hinzukriegen" sei.

## Absage an die Atomenergie

Statt auf niedrige Löhne gelte es auf Qualität zu setzen, auf eine moderne, ökologische Energiepolitik zum Beispiel, die gleichzeitig dem Klimaschutz und der Schaffung von Arbeitsplätzen diene. Den Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig zu machen, wäre nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch unsinnig, so Heil, weil dann Investitionen in neue Kraftwerke, in neue Energien unterblieben.

Die Regierung Schröder habe den Mut gehabt, die Probleme anzupacken, auch wenn die Methoden manchmal nicht unbedingt basisdemokratisch gewesen seien. Das neue Parteiprogramm, das im Herbst vom Bundesparteitag abgesegnet werden soll, sei nun ein Stück sozialdemokratischer Selbstvergewisserung in veränderten Zeiten, so Heil.

